

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Heuer, Dr. Gregor Gysi,
Bernd Henn und der Gruppe der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/613 —

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
vom 6. Oktober 1969**

A. Problem

Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur in den neuen
Bundesländern.

B. Lösung

Ablehnung des Gesetzentwurfes.

C. Alternativen

Annahme des Gesetzentwurfes.

Einstimmigkeit im Ausschuß

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Heuer, Dr. Gregor Gysi, Bernd Henn und der Gruppe der PDS/Linke Liste zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ — Drucksache 12/613 — abzulehnen.

Bonn, den 11. März 1992

Der Ausschuß für Wirtschaft**Friedhelm Ost**

Vorsitzender

Ernst Hinsken

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Ernst Hinsken

I.

Der Entwurf des Gesetzes der Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Heuer, Dr. Gregor Gysi, Bernd Henn und der Gruppe der PDS/Linke Liste zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969 wurde in der 32. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Juni 1991 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und den Haushaltsausschuß überwiesen.

II.

Der Haushaltsausschuß hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 18. September 1991 einvernehmlich, bei Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS/Linke Liste, abgelehnt.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat den Gesetzentwurf in seiner 23. Sitzung am 4. Dezember 1991 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimme der Gruppe der PDS/Linke Liste beschlossen, die Ablehnung des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

III.

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen notwendige strukturelle Übergangsbedingungen geschaffen und den Problemen bei der Erhaltung von Produktionsstätten Rechnung getragen werden.

Dieses Ziel soll dadurch erreicht werden, daß die Einführung neuer Technologien, die Bildung von Beschäftigungsgesellschaften und der Erhalt von betrieblichen Forschungs- und Bildungseinrichtungen zur Förderung des Ausbaus der Infrastruktur als Instrumente der Förderung aufgenommen werden.

Ferner sollen die Gremien der Gemeinschaftsaufgabe verpflichtet werden, wirtschaftspolitische Orientierungen und Konzeptionen für den Strukturumbau in den neuen Ländern zu erarbeiten.

Des weiteren soll ein Planungsausschuß für die neuen Länder gebildet werden, dem neben den in § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ genannten Mitgliedern auch Vertreter der Gewerkschaften und anerkannte Personen des öffentlichen Lebens angehören sollen.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Gesetzentwurf in seiner 25. Sitzung am 11. März 1992 beraten.

Ihm lag das Votum des Unterausschusses „Regionale Wirtschaftspolitik“ vor, der den Gesetzentwurf in seiner 8. Sitzung am 20. Februar 1992 einstimmig abgelehnt hatte. Der Unterausschuß vertrat den Standpunkt, daß den Forderungen des Gesetzentwurfes an anderer Stelle bereits ausreichend Rechnung getragen werde.

Der Ausschuß beschloß einstimmig bei Abwesenheit der parlamentarischen Gruppen, den Gesetzentwurf — Drucksache 12/613 — abzulehnen.

Bonn, den 11. März 1992

Ernst Hinsken

Berichterstatter

